



**Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidi-  
gung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)  
Per E-Mail an:  
rechtsdienst@swisstopo.ch

15. Oktober 2025

## **SP-Stellungnahme zum Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland über die gemeinsame Staatsgrenze von Konstanz bis Basel**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Die SP begrüsst den Abschluss eines modernen Staatsvertrags mit Deutschland über die gemeinsame Landesgrenze. Es handelt sich um ein rein technisches Abkommen, das Klarheit und Transparenz schafft, ohne den bestehenden Grenzverlauf zu verändern. Ziel ist es, die bereits bestehende Grenze auf den neuesten Stand der Vermessungstechnik zu bringen und administrative Abläufe zu vereinfachen.

Es ist sinnvoll, dass die Schweiz und Deutschland den Verlauf der Grenze mit modernen Koordinatensystemen dokumentieren und Zuständigkeiten für den Unterhalt klar aufteilen. Die vorgesehene Grenzkommission trägt dazu bei, all-fällige praktische Fragen auf technischer Ebene kooperativ zu lösen. Das Abkommen ist Ausdruck guter nachbarschaftlicher Beziehungen.

Als kritische Anmerkung halten wir jedoch fest: Auch wenn es im vorliegenden Fall äusserst unwahrscheinlich ist, dass es zu Grenzstreitigkeiten kommt, wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, dass der Internationale Gerichtshof (IGH) im Falle fundamentaler Differenzen als zuständige Instanz zur Streitschlichtung definiert würde. Die im Abkommen vorgesehenen bilaterale Verhandlungen dürften in den meisten Fällen zwar ausreichen, aber da es bei Grenzziehungen um zentrale hoheitliche Interessen beider Staaten geht, wäre ein expliziter An-erkennung der Gerichtsbarkeit des IGH wünschenswert gewesen. Dies ist umso mehr der Fall, als die Schweiz die kleinere Partei ist. Eine rechtlich klar defi-nierte Streitbeilegung ist einer der grossen Vorteile des Vertragspakets über

die Bilateralen III, während die Nachteile von deren Abwesenheit im Kontext der Beschaffung des F-35-Kampffjets von den USA momentan schmerzlich ersichtlich werden. Trotz dieser fehlenden gerichtlichen Streitbeilegung unterstützt die SP das vorliegende Abkommen. Bei zukünftigen solchen Abkommen würden wir es jedoch begrüßen, wenn die Gerichtsbarkeit des IGH explizit bezogen auf das entsprechende Abkommen festgehalten werden würde.

Ein weiterer kritischer Punkt betrifft die Auslassung der Grenzziehung am Bodensee-Obersee. Der Bericht legt nicht dar, weshalb dieser Abschnitt nicht in den Staatsvertrag aufgenommen wurde, obwohl dort grundsätzlich einige Kilometer potenzielle Landesgrenze bestünden. Wahrscheinlich hängt dies mit der besonderen Dreiländersituation zusammen, da Österreich ebenfalls Anrainerstaat ist. Gerade weil Staatsverträge zur Grenzziehung lückenlos klar sein sollten, wäre eine explizite Begründung im Bericht wünschenswert gewesen. Aus unserer Sicht sollte diese Frage in der Botschaft aufgenommen werden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Severin Meier  
Politischer Fachreferent